Nummer 375

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Donnerstag, 13. August 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte,

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: M. Fuhr, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Steglitz; Inseratenteil: H. Hongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2486

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspeditenre unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Estland 1300 estländische Mark, Serbien 925 Dinar; für den Monat August 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Abfendung der französischen Antwortnote in vier bis fünf Tagen.

Die Londoner Verhandlungen gestern beendet.

Die Londoner Konferenz ist gestern zu Ende gegangen. Der Gepflogenheit gemäß ist in London eine amtliche Mitteilung darüber herausgegeben, deren Wortlaut weiter unten abgedruckt ist. Diese Mitteilung ist in der üblichen verbindlichen Form gehalten, läßt aber eine Bewertung des Ergebnisses kaum schon zu. Erst das Echo, das die Verhandlungen in Paris und besonders in London werden werden, dürfte es ermöglichen, sich ein Urteil zu bilden. Vorläufig läßt sich an der Hand des Communiqués höchstens sagen, daß die Verhandlungen weitergeführt werden.

London, 12. August.

Die französische Antwortnote wird an Deutschland in etwa vier bis fünf Tagen abgesandt werden, sobald ihre endgültige Fassung festgesetzt sein wird.

Paris, 12. August.

Außenminister Briand wird morgen abend 6.30 Uhr aus London zurückerwartet. Für 9 Uhr abends ist ein Kabinettsrat anberaumt, um ihm Gegenheit zu geben, über die mit Chamberlain geführten Verhandlungen Bericht zu erstatten.

Das amtliche Communiqué.

London, 12. August, 2,25 Uhr.

Das amtliche Communiqué über die Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain besagt: Aus den Besprechungen ergab sich eine völlige Einigung über die Fassung der von der französischen Regierung im Einvernehmen mit den alliierten Mächten an Deutschland zu erteilenden Antwort. Die Besprechungen gaben Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über den geplanten Sicherheitspakt. Ein derartiger Pakt kann erst dann greifbare Formen annehmen, wenn Besprechungen zwischen den Vertretern aller Beteiligten stattgefunden haben. Die Londoner Besprechungen haben in hohem Maße dazu beigetragen, den Beginn etwaiger Besprechungen zu beschleunigen, die ein greifbares und endgültiges Ergebnis ermöglichen werden.

Der Plan mündlicher Verhandlungen.

London, 12. August.

Im Mittelpunkt der Pressestimmen steht die zwischen Briand und Chamberlain in der Frage der Antwort an Deutschland erzielte Vereinbarung. Der Berichterstatter des Manchester Guardian erfährt, die bevorstehende Antwort auf die deutsche Note werde klar zum Ausdruck bringen, daß die Zeit gekommen sei, den schriftlichen Meinungsaustausch über die Frage des Sicherheitspaktes einzustellen und sie werde es Deutschland nahelegen, mündliche Unterhandlungen vorzuschlagen, die nach britischer Auffassung, soweit Großbritannien in Betracht komme, wohl durch die englische Botschaft in Berlin und die deutsche Botschaft in London geführt werden würden. Es ist anzunehmen, daß auch in der eigentlichen Frage des Sicherheitspaktes und der Schiedsverträge den Besprechungen ein gewisser Fortschritt erzielt wurde, und daß die gemeinsame Auffassung der britischen und der französischen Regierung in den Punkten, in denen bisher eine Vereinbarung erzielt worden konnte, vorläufig schriftlich niedergelegt würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zu diesen Punkten auch die Frage eines unabhängigen französischen Vorgehens gehört, in der eine Einigung erzielt worden zu sein scheint, die sie einer Lösung merklich näher bringt. Jedoch wird von englischer Seite erwartet betont, daß in all diesen Punkten eine endgültige Regelung nur unter Beteiligung Deutschlands möglich sei, und daß es sich daher bei den augenblicklichen Londoner Besprechungen nur um die Vorbereitung des Bodens für eine entscheidende Konferenz handele.

In der Presse erregt das Zusammentreffen zwischen Briand und Churchill anläßlich des heutigen Frühstücks auf der französischen Botschaft ein gewisses Aufsehen. Die Blätter knüpfen daran Vermutungen über die Möglichkeit von Sonderungen in der Frage der französischen Kriegsschulden. „Evening Standard" berichtet, die französische Note weiche in ihrer endgültigen Fassung von den Noten ab, die die europäischen Kanzleien in den letzten Jahren gewohnt gewesen seien, und sie werde den neuen Geist in den Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland zum Ausdruck bringen. Das Blatt erfährt außerdem über den Wortlaut des von Briand unterbreiteten Sicherheitspakts, Briand sei dem britischen Standpunkt weit entgegengekommen, in voller Erkenntnis, daß die Haltung der britischen Regierung der öffentlichen Meinung Großbritanniens entsprechen müsse.

„Manchester Guardian" schreibt in einem Leitartikel, wenn es den Franzosen innerhalb der Bestimmungen des Pakts gestattet sein würde, in das deutsche Gebiet einzudringen, sobald es ihnen passe, sei der Pakt für Deutschland wertlos und für England äußerst gefährlich. **Leider würde ein Zusammenbruch der Verhandlungen über den Pakt das französische Außenministerium nicht ernstlich beunruhigen, sobald die Verantwortung dafür von Frankreich abgewälzt werden könne.** „Manchester Guardian" betont jedoch, daß Frankreich die belgische Unterstützung nicht genieße, und daß dies vielleicht der Grund sei, weshalb Belgien bei den augenblicklichen Erörterungen nicht vertreten sei.

TU **Paris**, 12. August.

Von eingeweihten Kreisen wird versichert, daß Briand und Chamberlain sich nicht allein über das Memorandum und die deutsche Note unterhalten, sondern auch in Zusammenhang damit die Lage in Marokko und China erörtert haben. Die Diskussion in dieser Frage sei umso dringlicher erschienen, als man im englischen Kabinett geäußert habe, daß Frankreich durch die Art seiner Orientpolitik dem britischen Reich Schwierigkeiten in den Weg lege.

Der englische Standpunkt.

London, 12. August.

„Times" schreibt zu den gestrigen Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain über die Sicherheitsfrage: Die Grenze der britischen Beteiligung ist durch den ungweideutigen Ausdruck der öffentlichen Meinung in Großbritannien und im ganzen britischen Reich klar festgesetzt. Kein ernster Widerstand wird gegen einen Pakt bestehen, der ein Zusammenwirken Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Italiens auf einem klar auf die Westgrenzen Europas, wie sie durch den Friedensvertrag festgelegt sind, beschränkten Garantie- und Sicherheitspakt vorsieht. Die Garantie kann gegeben werden, vorausgesetzt, daß Großbritannien nicht automatisch verpflichtet wird, unter Umständen zu handeln, die ihm keine direkte Kontrolle gestatten, und daß es vollständige Freiheit behält, bei jedem Konflikt zu bestimmen, wer in Wirklichkeit Angreifer ist und wen es, sei es mit Waffen oder auf andere Weise unterstützen wird. Was die Frage betrifft, wie der geplante Pakt in die bestehenden internationalen Vereinbarungen eingefügt werden soll, so dürfte eine sorgfältige Untersuchung über die Abweichungen des britischen und des französischen Standpunktes stattfinden. Völlige Uebereinstimmung besteht hinsichtlich der Forderung, daß Deutschland dem Völkerbund unter denselben Bedingungen wie die anderen Mitglieder beitreten soll, und zwar bevor die Paktvorschläge zur Durchführung gebracht werden. Die in Stresemanns letzter Note vorgebrachte Einrede, daß Deutschland von der Bindung durch den Artikel 16 der Völkerbundssatzung bis zu einer allgemeinen Abrüstung befreit werden solle, wird wahrscheinlich von den Westmächten nicht als berechtigt anerkannt werden. Von unmittelbarer Bedeutung ist „Times" zufolge die Rolle, die

der Völkerbund als Ueberwacher des geplanten Paktes

spielen soll. Der Pakt „involviere" sowohl eine gemeinsame Garantie gewisser Grenzen, als auch einen Vertrag, der die schiedsgerichtliche Regelung aller Streitigkeiten vorsehe, die im Zusammenhang mit diesen Grenzen entstehen könnten.

Die Methode, die Grenzstreitigkeiten, die unvermeidlicherweise entstehen werden, zu schlichten, ist in erster Linie eine Frage des Gesetzes und nicht der Waffen. Hierbei könnte ein System der Schiedsgerichtsbarkeit angewandt werden. Unter den augenblicklichen Verhältnissen kann ein solches System nur durch den Völkerbund zur Durchführung gebracht werden. Die notwendigen Schiedsgerichtsverträge müssen daher den Systemen des Völkerbundes angepaßt werden, und wenn sich ein Streit bis zu einer Drohung mit einem bewaffneten Konflikt entwickeln sollte, so würde der Völkerbund sicher eine Stimme bei der Entscheidung über die Frage haben, wer der Angreifer sei. Es kann als sicher angenommen werden, daß die Frage möglicher französischer Garantien für Schiedsgerichtsverträge betreffend Polen und die Tschechoslowakei von der Frage eines Paktes für die Westgrenzen, bei dem Großbritannien ein Garant sein würde, vollkommen getrennt gehalten wird. Ob derartige Vereinbarungen zu gleicher Zeit und unter denselben Bedingungen wie der Sicherheitspakt für den Westen abgeschlossen werden oder nicht, ist keine Frage, die Großbritannien unmittelbar berührt, solange es klar ist, daß die britische Verpflichtung im Westen nicht durch indirekte Wirkungen irgendwelcher Konflikte im Osten kompliziert werden darf. Die Frage ist: sollen die Sanktionsbestimmungen im Friedensvertrage ihre gesamte und unabhängige Gültigkeit beibehalten, oder sollen sie in die allgemeinen Verhältnisse des Paktes einbezogen werden? Es wird sowohl von der britischen, als auch von der französischen Regierung angenommen und bekräftigt, daß augenblicklich

eine Abänderung der Friedensverträge nicht in Frage komme.

Die Methode der Anwendung von Sanktionen könnte als eine Frage des eingeschlagenden Verfahrens angesehen werden, und es könnte mindestens streitig sein, ob ein solches Verfahren zweckdienlicher nach den Bestimmungen des Friedensvertrages oder nach den Bestimmungen eines Paktes, der vielleicht eine Art Ergänzung zum Friedensvertrage auf Grund späterer Erfahrungen darstelle, geregelt ist.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Chamberlain war von dem allgemeinen Ton und Tenor des französischen Entwurfes für die Antwort auf die letzte deutsche Note entschieden befriedigt. Wenn die Frage der Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn und das Problem unabhängiger Sanktionen nur berührt und nicht erörtert würden, so ist der deutliche Grund dafür, daß diese Fragen besser auf einer Präliminarkonferenz deutscher und alliierter Minister oder auf einer internationalen Volkkonferenz erörtert werden, die nach der Völkerbundsversammlung stattfinden soll. In französischen Kreisen jedoch ist der Gedanke einer Zusammenkunft zwischen Stresemann und den alliierten Staatsmännern in Genf gestern abend entschieden für nicht sehr wahrscheinlich gehalten worden. Die Franzosen wünschen gern, mehr Fälle als offenkundigen Angriff festzulegen, als London bereit sei, anzunehmen. Außerdem ist noch die Frage gestellt, ob eine besondere Bezugnahme auf das britische Parlament und die Dominions gemacht werden dürfte bei irgendeiner bezüglich des Friedens oder des Krieges zu treffenden Entscheidung. Schließlich besteht noch

das Problem der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Schiedsverträge,

die Frankreich nach eigenem Belieben zu garantieren beabsichtigt. Deutschland wird aber niemals einen Pakt annehmen, der eine solche unabhängige und automatische Aktion Frankreichs ohne ein Völkerbundsmandat vorsieht. Großbritannien besteht darauf, daß derartige Schiedsverträge und Garantien mit dem Geist und dem Buchstaben der Völkerbundssatzung in Einklang stehen und daß ihre Durchführung der Autorität des Völkerbundes unterworfen wird; denn die britische Verbindlichkeit mit Bezug auf die entmilitarisierte Rheinlandzone würde von Bedeutung sein im Falle eines Krieges in Osteuropa, dem sich Frankreich anschlösse. Es würde für Großbritannien als den Garanten dieser Zone schwierig sein zu erlauben, daß irgendeine bewaffnete Streitmacht, die nicht eine rechtmäßige Sache verteidigt, durch sie durchmarschiere, und zwar schon wegen der möglichen Folgen. Der Berichterstatter betont endlich, daß dieser präsorische Vertragsentwurf keineswegs die Vorlage eigener deutscher Vorschläge ausschließt.

Die englischen Dominions gegen einen Sicherheitspakt.

TU **Paris**, 12. August.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Expreß" schreibt, daß sich die Dominions gegen einen Sicherheitspakt ausgesprochen hätten, der sie in einen europäischen Krieg verwickeln könnte. Es sei allerdings nicht anzunehmen, daß Chamberlain auf sie Rücksicht nehmen würde. Es würde ihm augenblicklich nicht schwer fallen, im Unterhaus eine Mehrheit für die Politik des Paktes zu finden. Aber die französische und die deutsche Regierung dürften nicht vergessen, daß jede neue englische Regierung in der Lage sein würde, den Paktvertrag zu lösen, da er den demokratischen Gefühlen Großbritanniens vollständig entgegengerichtet sei.

Antibolschewistische Entente gegen Durchmarschrecht durch Deutschland?

TU **London**, 12. August.

In den Kreisen der Arbeiterpartei geht das Gerücht um, daß Frankreich bereit wäre, in einen antibolschewistischen Bund an Englands Seite einzutreten, wenn England den Franzosen das Durchmarschrecht durch Deutschland nach den Oststaaten im Kriegsfalle einräumt. Polen und die Tschechoslowakei, so lautet die französische These, müßten als Nachbarn Rußlands besonders geschützt werden.

Ein deutsch-belgischer Gerichtshof im Fall Graff.

Brüssel, 12. August.

„Derniere Heure" teilt mit, daß der Fall Graff einem gemischten deutsch-belgischen Gerichtshof unterbreitet werden würde. Er sei Gegenstand der Prüfung der Minister für Justiz und Auswärtiges gewesen. Man sei der Auffassung, daß ein Justizirrtum vorliege.

Der Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie.

Vor kurzem wurde öffentlich erörtert, daß die Reichsregierung beabsichtige, den Posten des Ministers für die besetzten Gebiete, der bisher nebenamtlich von dem Reichsjustizminister verwaltet wurde, wieder hauptamtlich zu besetzen. Es haben ohne Zweifel unverbindliche Besprechungen mit Parlamentariern stattgefunden, bei denen es sich darum handelte, die Stimmung der Parteien, besonders des Zentrums, darüber zu sondieren, ob die Berufung etwa des Zentrumsabgeordneten von Guérard genehm sein würde. Besonders die Zentrumspresse hat seinerzeit sehr rasch auf die Nachricht reagiert, und die Ernsthaftigkeit, mit der das Thema bis in die letzten Tage hinein von maßgebenden Zentrumszeitungen behandelt wurde, zeigt, daß die Berufung eines Zentrumsmannes auf den Ministerposten tatsächlich erwogen worden ist. Auch bei diesen Erörterungen der Zentrumspresse sind wieder die bekannten und hier oft behandelten Gegensätze im Zentrum klar zutage getreten. Die meisten Zentrumszeitungen sind noch von der Aera Wirth her links orientiert und lehnen deshalb eine noch engere Bindung des Zentrums an die jetzige Reichsregierung entschieden ab. Diese Richtung im Zentrum ist im Verlauf der letzten innenpolitischen Ereignisse jedoch merklich und ganz offensichtlich in den Hintergrund getreten. Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat, obwohl sie nur durch Dr. Brauns und nur unter den bekannten Vorbehalten an der Reichsregierung beteiligt ist, während der langwierigen und schwierigen parlamentarischen Kämpfe der letzten Wochen konsequent die Politik der Reichsregierung mitgemacht. Es ist ganz klar, daß Fraktion und Partei sich zu dieser festen Gefolgschaft, die weittragende Folgen haben kann, sich erst nach heftigen inneren Auseinandersetzungen durchgerungen haben. Das erkennt man schon daran, daß die Herren Marx, Joos und Dr. Wirth bei der entscheidenden zweiten Lesung der Zollvorlage in der Abstimmung sich nicht der Haltung ihrer Fraktion angeschlossen haben. Es ist kein Zufall, daß es gerade Joos und Wirth, die Vertreter der Zentrumsarbeiterschaft, sind, die sich der Stimme enthalten haben. Die Tatsache, daß sie bei den Steuergesetzen und beim Zolltarif sich in der Fraktion nicht durchgesetzt haben, ist um so schwerer wiegend, als es der ganzen Zentrumsfraktion von vornherein klar gewesen ist, daß sie in diesen Angelegenheiten eine sehr schwierige Stellung gegen Links haben würde. Um so mehr ist zu begrüßen, daß das Zentrum ohne Rücksicht auf Konsequenzen im Sinne staatspolitischer Vernunft und nicht im Sinne demagogischer Schlagworte gehandelt hat.

Es ist erklärlich, daß die Sozialdemokratie diese Stellungnahme des Zentrums benutzt hat, um sich eine Platiform für neue Propaganda in der Arbeiterschaft, für neuen Wählerzutuchs zu schaffen. Die vielstündigen Reden, die am Sonnabend von sozialdemokratischer Seite im Reichstage gehalten wurden, sollten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Erstens sollte die